

Ltd. KVD Liermann verwies auf den aktuellen Sachstandsbericht über die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) und berichtete über eine positive Entwicklung bei der Lernförderung für Schülerinnen und Schüler. Er begrüßte, dass die Interventionen des Kreises und der Politik dazu geführt hätten, den Zugang zur Lernförderung insgesamt zu erleichtern und nicht mehr von der Versetzungsgefährdung abhängig zu machen.

Die Vorsitzende appelliert an die anwesenden Pressevertreter, dieses wichtige Thema aufzugreifen und der Öffentlichkeit näher zu bringen. Gerade für leistungswillige Schülerinnen und Schüler bedeute diese Neuerung eine Möglichkeit, eine bessere Schulbildung zu erlangen.

Abg. Neuber bestätigte anhand seiner Erfahrungen als Neubürgerbeauftragter, dass die Leistungen aus dem BuT oftmals aus Unkenntnis nicht in Anspruch genommen würden. Er forderte, die Schulsozialarbeiterinnen müssten auch die LehrerInnen und Schulleitungen verstärkt über das BuT aufklären.

Ltd. KVD Liermann erklärte, die beiden vom Kreis eingesetzten Schulsozialarbeiterinnen seien insbesondere mit Öffentlichkeitsarbeit und Multiplikatoreninformation befasst und würden im Rahmen dessen bereits Lehrer, Kindergärtner etc. über die Leistungen aus dem BuT aufklären.

Abg. Recki erkundigte sich, ob zwischenzeitlich mehr Kommunen an der Einrichtung von Schulsozialarbeiterstellen im Rahmen des BuT Interesse gezeigt hätten.

Ltd. KVD Liermann teilte mit, es sei gelungen, knapp 30 Stellen im RSK zu schaffen.

Es stehe den Städten und Gemeinden letztlich frei, die Angebote im Rahmen des BuT wahrzunehmen. Die Resonanz sei aber auch nach Eröffnung einer zweiten Gelegenheit, Mittel für Schulsozialarbeiterstellen zu beantragen, erneut verhalten ausgefallen. Einige Kommunen hätten sich gegen die Inanspruchnahme von BuT-Mitteln für Schulsozialarbeit ausgesprochen, weil der Bund die Finanzierung nur bis 2013 sicherstelle.